

## Wohnbautopf: Nicht ausräumen!

11,5 Milliarden weniger für Wohnbau – KPÖ stemmt sich dagegen.

Im Land wollten SPÖ und ÖVP die Wohnförderung um 11,5 Milliarden Euro kürzen. Für die KPÖ ein Wahnsinn, weil man damit dem Wohnbau für leistbare Wohnungen in der Steiermark einen Riegel vorschieben würde. Man stemmte sich im Gemeinderat dagegen – mit Erfolg. Alle Parteien schlossen sich der KPÖ-Forderung an, dass der Wohnbautopf nicht ausgeräumt werden darf.

Dieses Geld erfüllt nämlich eine doppelte Funktion. Man finanziert damit Baumaßnahmen und schafft und sichert Arbeitsplätze durch die Bauarbeiten, so KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber.

# REININGHAUSGRÜNDE – SPEKULATIONSOBJEKT FÜR Sozialer Wohnbau



**„Riesenpleite: ein ganzer Stadtteil soll verscherbelt werden, weil durch Inkompetenz, Größenwahn und Leichtgläubigkeit erneut riesige Summen in den Sand gesetzt wurden“**

Aus der Traum? Der Immobilieninvestor Asset One wollte auf den riesigen Reininghausgründen in Wetzelzdorf/Eggenberg 7000 Wohnungen und 5000 Jobs schaffen. Die Stadt sollte ordentlich mitzahlen. Jetzt denkt man ans Filetieren des Großprojekts, weil es finanziell nicht mehr machbar ist.

Helpen statt reden.

Mieternotruf  
71 71 08



KPÖ-Wohnungsstadträtin  
Elke Kabr

## Befreiung von der Rundfunkgebühr



Wer soziale Unterstützungen (Arbeitslosen-, Pflegegeld, Sozialhilfe, Studienbeihilfe, Pension) bekommt, ist von der Rundfunkgebühr befreit, wenn das Haushaltseinkommen unter einer bestimmten Grenze liegt.

Leute aber, die gleich viel Geld durch (schlecht bezahlte) Arbeit verdienen, werden von der Rundfunkgebühr nicht befreit. „Das ist ungerecht und eine Ungleichbehandlung von armen und sozial schwachen Menschen“, meint KPÖ-Gemeinderätin Uli Taberhofer. Sie hat nun in Gemeinderat beantragt, die Bundesregierung solle die Fernmeldegebührenverordnung entsprechend anpassen.

## Kein Euro für die Atomindustrie!

Schon 70 österreichische Gemeinden haben sich für den Austritt Österreichs aus dem Euratom-Vertrag ausgesprochen. In Graz lehnten ÖVP, SPÖ und Grüne (!) einen KPÖ-Antrag für den Austritt ab. Gemeinderat Andreas Fabisch: „Der EURATOM-Vertrag bewirkt, dass jährlich 40 Mio. aus Österreich in die Atomenergie fließen. Das europäische Parlament hat nach wie vor keine Mitentscheidungsmöglichkeit bei der Finanzierung von Atomkraftwerken durch die EURATOM-Milliardenkredite. Deshalb gibt es die Bewegung für den Austritt aus Euratom. Ich verstehe nicht, warum die Grazer Grünen hier keine klare Stellungnahme abgeben konnten. Noch im EU-Wahlkampf haben sie Nein zu Euratom gesagt.“

